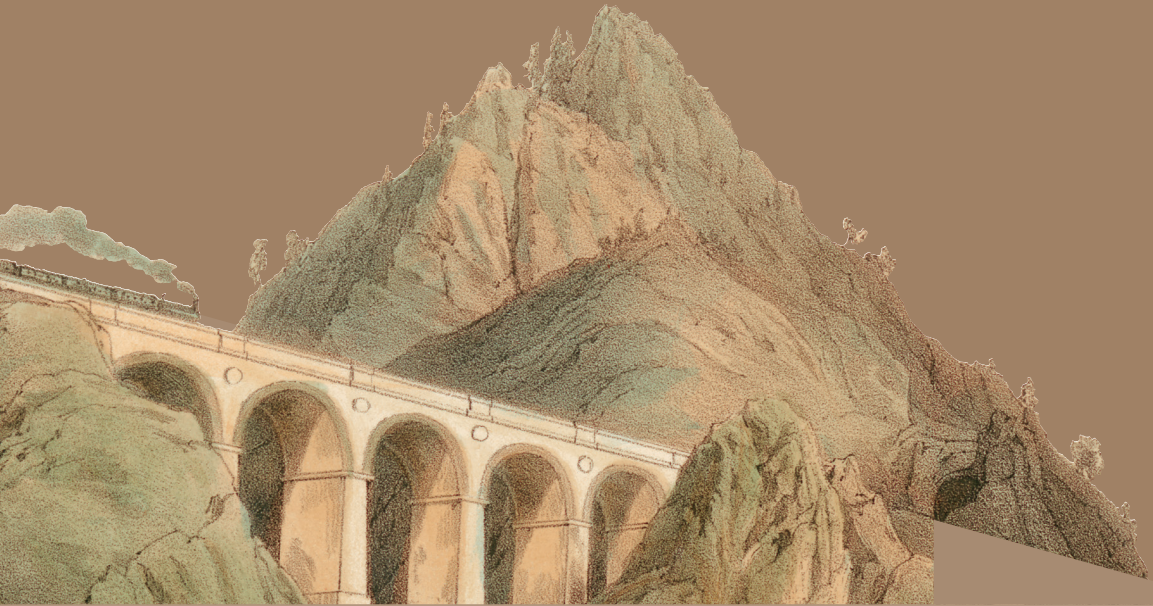


# Niederösterreich im 19. Jahrhundert



## Band 2 **Gesellschaft und Gemeinschaft** Eine Regionalgeschichte der Moderne

Hrsg. Oliver Kühschelm  
Elisabeth Loinig  
Stefan Eminger  
Willibald Rosner

Waltraud Schütz, Hilfe für Abgebrannte, ländliche Feste und medizinische Versorgung. Wohltätiges Engagement von Frauen. In: Oliver Kühschelm, Elisabeth Loinig, Stefan Eminger u. Willibald Rosner (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 381–410; <http://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh02.14>

Alle Beiträge vorliegender Publikation mit einem entsprechenden Vermerk haben ein externes Begutachtungsverfahren durchlaufen. Auskunft zum Peer-Review-Verfahren (double blind) unter [doi.org/10.52035/noil.2021.19jh.dok](https://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh.dok).

Medieninhaber (Verleger und Herausgeber):  
NÖ Institut für Landeskunde  
3109 St. Pölten, Kulturbezirk 4  
Verlagsleitung: Elisabeth Loinig

Land Niederösterreich  
Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht  
Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Landesbibliothek  
NÖ Institut für Landeskunde  
[www.noef.gv.at/landeskunde](http://www.noef.gv.at/landeskunde)

Redaktion und Lektorat: Heidemarie Bachhofer, Tobias E. Hämmerle  
Korrektorat und Register: Claudia Mazanek  
Englisches Korrektorat: John Heath  
Bildredaktion: Heidemarie Bachhofer, Tobias E. Hämmerle  
Bildbearbeitung: Wolfgang Kunerth  
Layout: Martin Spiegelhofer  
Umschlaggestaltung und Farbkonzept: Atelier Renate Stockreiter  
Druck: Gugler GmbH



UW-Nr. 609

Umschlagabbildung: *Viaduct bei Spiess*, kolorierte Tonlithographie von Nicolas-Marie Joseph Chapuy, ca. 1855, Niederösterreichische Landesbibliothek, Topographische Sammlung, 6.985  
Vorsatzblatt: Karl Schober, Handkarte des Erzherzogthumes Oesterreich unter der Enns (Wien 1888), Niederösterreichische Landesbibliothek, Kartensammlung, CI 152 / 1888  
Nachsatzblatt: Franz Raffelsperger, Übersicht der Eilpost-Fahrten von Wien [...] (Wien [1840]), Niederösterreichische Landesbibliothek, Kartensammlung, CII 273

© 2021 NÖ Institut für Landeskunde, St. Pölten  
ISBN 978-3-903127-26-5 (Gesamtpublikation)  
ISBN 978-3-903127-27-2 (Band 1)  
ISBN 978-3-903127-28-9 (Band 2)  
DOI: [doi.org/10.52035/noil.2021.19jho2](https://doi.org/10.52035/noil.2021.19jho2)

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Rundfunk- oder Fernsehsendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten. Ein Jahr nach Veröffentlichung des gedruckten Buchs wird dieses Werk als Open-Access-Publikation zur Verfügung stehen. Alle Texte inklusive der Grafiken und Tabellen unterliegen der Creative-Commons-Lizenz BY International 4.0 („Namensnennung“), die unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/> einzusehen ist. Jede andere als die durch diese Lizenz gewährte Verwendung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Ausgenommen vom Anwendungsbereich dieser Lizenz sind Abbildungen. Die Inhaber\*innen der Rechte sind in der Bildunterschrift genannt und diese Rechte werden auch in der elektronischen Veröffentlichung maßgeblich bleiben.



Waltraud Schütz

## Hilfe für Abgebrannte, ländliche Feste und medizinische Versorgung. Wohltätiges Engagement von Frauen

**Abstract:** Im 19. Jahrhundert wirkten stereotype, weibliche Rollenzuschreibungen wie die der Sorgenden, Fühlenden und zunehmend auch Religiösen für Frauen nicht nur einschränkend, sondern eröffneten unter Umständen Betätigungsfelder, die als speziell weibliche Wirkungsbereiche verstanden wurden. In diesem Beitrag, der sich mit weiblicher Wohltätigkeit als soziale Praxis auseinandersetzt, wird danach gefragt, inwiefern geschlechterspezifische Normen zur Ressource wurden, auf deren Grundlage Raum beansprucht und Expertise geäußert werden konnte. Dabei wird die 1810 gegründete Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen in den Blick genommen. Die „gute Sache“ bot speziell besitzenden Frauen die Möglichkeit, sich mit Spenden in das kollektive Gedächtnis eines Ortes oder einer Region einzuschreiben, öffentlich aufzutreten und Expertise für sich zu beanspruchen, zumeist in Zusammenarbeit mit dem Klerus. Obwohl die unpolitische Motivation stets unterstrichen wurde und werden musste, etablierten sich Frauen als keineswegs unpolitische Akteurinnen.

**Support for Victims of Fire, Rural Festivities and Medical Care. Women's Charitable Engagement.** Within the framework of 19<sup>th</sup>-century gendered stereotypes, women were understood to be caring, emotional and, increasingly, pious. The impact of such norms was not solely restrictive; rather, women also began to use them to enter fields of activity that were understood as specifically female. This chapter is concerned with female charity as a social practice and asks to what extent gender-specific norms were used as a resource and who claimed expertise on the matter. Thereby, the Society of Aristocratic Women to Promote the Good and the Useful founded in 1810 is taken into consideration. The “good deed” offered women the opportunity to inscribe themselves in the collective memory of a place or region, to appear in public and to claim expertise, mostly in cooperation with the clergy. Although the apolitical motivation of their activities was and always had to be emphasised, women established themselves as by no means apolitical actors.

**Keywords:** charitable associations, gendered norms, poor relief, health care, education

[doi.org/10.52035/noil.2021.19jh02.14](https://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh02.14)

Veröffentlicht nach externer Begutachtung (doppelblind) / published after external peer review (double blind)

„Der Erfolg dieser Bemühung liegt vorzüglich in den Händen der wirkenden Mitglieder auf dem Lande, auf deren Menschenliebe und Thätigkeit die Gesellschaft mit vollem Rechte vertrauen kann.“

(Wienbibliothek,  
Druckschriftensammlung, Signatur B-23885, 1812)

Ein mehrbändiges Werk über eine bestimmte Region enthält üblicherweise ein bis zwei Kapitel über Frauen. Dieser Raum, der für Frauenleben zur Verfügung gestellt wird, ist wertvoll, denn schlägt man zum Beispiel Chroniken niederösterreichischer Städte, Märkte oder Dörfer auf, sucht man oft vergebens nach Frauen, die nicht als kuriose Ausnahmen oder lediglich als Schwestern, Mütter oder Töchter wichtiger Männer in Randbemerkungen vorkommen. Ein Kapitel über Frauenvereine, in diesem Sammelband verankert im historischen Kontext, bietet die Möglichkeit, Ungleichheiten zu thematisieren und das Leben und die Aktivitäten von Frauen und ihre Beziehungen zu Freundinnen und Freunden, ihrer Familie, staatlichen Institutionen, kirchlichen Würdenträgern usw. zu beleuchten.<sup>1</sup>

Gleichzeitig gibt es einen problematischen Aspekt an dieser Art von Textverteilung, da sie möglicherweise die Vorstellung einer grundsätzlichen Verschiedenheit der Geschlechter befördert, die sich tatsächlich erst im 18. Jahrhundert entfaltet hat. Waren davor viele Vorstellungen über die biologische und soziale Beschaffenheit von Mann und Frau gleichzeitig vorhanden, so fand um 1800 eine Konzentration von gegensätzlichen Begriffspaaren statt, die dem biologischen Geschlecht bestimmte Charaktermerkmale zuwiesen, welche bis heute wirkmächtig sind.<sup>2</sup> Während Männer aufgrund ihrer Biologie dem öffentlichen Leben zugeordnet wurden, sollten Frauen sich auf ihre „natürliche“ Rolle im Haus besinnen. Aktivität, Tatendrang, Tapferkeit und Durchsetzungsvermögen wurden als männliche Eigenschaften bezeichnet, während Weiblichkeit mit Passivität, Bescheidenheit, Abhängigkeit, Anpassung und Selbstaufgabe verbunden wurde. Frauen seien das fühlende Geschlecht, Männer mit Geist, Vernunft und Wissen ausgestattet. Diese Gegensatzpaare wurden vermeintlich naturwissenschaftlich untermauert und sind bis heute in populärwissenschaft-

1 Für Informationen zum Vereinswesen generell und zur Vereinsgesetzgebung siehe den Beitrag von Peter Hinterndorfer in diesem Band.

2 Für einen Überblick frauen- und geschlechtergeschichtlicher Forschung im deutschsprachigen Raum vgl. Johanna GEHMACHER u. Maria MESNER (Hrsg.), *Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen/Perspektiven = Querschnitte 14* (Innsbruck, Wien, Bozen 2003); Caroline ARNI u. Susanna BURGHARTZ (Hrsg.), *Geschlechtergeschichte, gegenwärtig = L'Homme 18/2* (Köln, Weimar, Wien 2007). Eine Analyse internationaler Veränderungen mit zahlreichen Literaturhinweisen bieten: Sonya ROSE, *What is Gender History?* (Cambridge, Malden 2010); Laura Lee DOWNS, *Writing gender history* (London 2010).

lichen Publikationen<sup>3</sup> zu finden. Die Beispiele zeigen, dass Geschlechternormen konstruiert sind und in alle Lebensbereiche wirken, die Kategorie Geschlecht muss also bei jeder Forschungsfrage mitbedacht werden.

Die weiblichen Rollenzuschreibungen der Sorgenden, Fühlenden und zunehmend auch der Religiösen wirkten für Frauen nicht nur einschränkend, sondern boten ihnen die Möglichkeit, ihren Aktionsradius zu erweitern, indem sie sogenannte weibliche Wirkungsbereiche in den halböffentlichen Raum übertrugen.<sup>4</sup> Geschlecht wurde in diesen Zusammenhängen zur Ressource, auf deren Grundlage Raum beansprucht und Expertise geäußert werden konnte. Eines dieser Betätigungsfelder von Frauen im 19. Jahrhundert ist die Wohltätigkeit, der sich dieser chronologisch-thematische Beitrag widmet.

Wohltätigkeit ist eine „grundlegende soziale Beziehung“,<sup>5</sup> die eine Verbindung zwischen Besitzenden und sozial benachteiligten Menschen herstellt. Die Voraussetzungen, um wohltätige Gaben zu empfangen, die Personen und Institutionen, die sich wohltätig engagieren, sowie die Praxis des Gebens selbst sind historischem Wandel unterzogen. Tatjana Tönsmeier spricht von Formen der Wohltätigkeit als Herrschaftspraktiken.

Hannes Stekl bezeichnet Wohltätigkeit bzw. Philanthropie als konstitutive Faktoren eines bürgerlichen Selbstverständnisses im 19. Jahrhundert.<sup>6</sup> Dieses Selbstverständnis entwickelte sich vor dem Hintergrund der Wohltätigkeitspraktiken des Adels, dessen wohltätiges Engagement eine Form von Herrschaftsstabilisierung darstellte, wie Tatjana Tönsmeier hervorhebt.<sup>7</sup> Tönsmeier betont den affektiven Charakter von Wohltätigkeit, in dem Anerkennung, Respekt, Zuneigung und vor allem Dankbarkeit eine wichtige Rolle spielten. Dieses Engagement wird daher in diesem Beitrag als soziale Praxis verstanden und in Bezug auf die niederösterreichische Regionalgeschichte analysiert, deren Ausformungen allerdings verallgemeinerbar sind und zu Vergleichen anregen sollen.

Zunächst wird ein Einblick in die rechtlichen Möglichkeiten von Frauen geboten, sich im langen 19. Jahrhundert gesellschaftlich und politisch zu engagieren. In den

3 Siehe hierzu beispielsweise LOUANN BRIZENDINE, *Das männliche Gehirn. Warum Männer anders sind als Frauen* (Hamburg 2006); LOUANN BRIZENDINE, *Das weibliche Gehirn. Warum Frauen anders sind als Männer* (Hamburg 2007).

4 Vgl. Brigitte MAZOHl-WALLNIG (Hrsg.), *Bürgerliche Frauenkultur im 19. Jahrhundert = L'Homme Schriften 2* (Wien, Köln, Weimar 1995). Diese Publikation ist ein Beispiel dafür, dass Vereinsgeschichte ein zentraler Forschungsgegenstand der Bürgertumsforschung ist. Bürgerliche Öffentlichkeit im Niederösterreich des 19. Jahrhunderts wird von Sabine Schmitner in diesem Band analysiert.

5 François EWALD, *Der Vorsorgestaat* (Frankfurt am Main 1993) 71.

6 Vgl. Hannes STEKL, *Adel und Bürgertum in der Habsburgermonarchie, 18. bis 20. Jahrhundert. Hannes Stekl zum 60. Geburtstag = Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 31* (Wien, München 2004) 239.

7 Vgl. Tatjana TÖNSMEIER, *Adelige Moderne. Großgrundbesitz und ländliche Gesellschaft in England und Böhmen 1848–1918 = Industrielle Welt 83* (Wien, Köln, Weimar 2012) 258–262.

Mittelpunkt rückt sodann die 1810 gegründete Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen, die als erster Frauenverein der Habsburgermonarchie gilt. Der Beitrag befasst sich anschließend mit Wohltätigkeit und Erinnerungskultur und zeigt Aushandlungsprozesse auf. Im letzten Teil wird auf die unterschiedlichen Motivationen für Vereinsgründungen eingegangen.

### Rechtliche Rahmenbedingungen

Die zentrale Frage nach Handlungsspielraum in der historischen Forschung darf vor allem hinsichtlich rechtlicher Vorgaben nicht auf die Kategorie Geschlecht reduziert werden. Soziale Herkunft und damit verbundener Besitz, Alter, ethnische oder nationale Zugehörigkeiten sowie Religionsbekenntnis waren und sind unter anderem Faktoren, die die Möglichkeiten zur Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und zur Verhandlung der eigenen Position beeinflussen.<sup>8</sup> Der postulierten „natürlichen“ Ungleichheit der Geschlechter wurde in der umfassenden Gesetzessammlung dieser Zeit, dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) aus dem Jahr 1811, ein gesetzlicher Rahmen gegeben.<sup>9</sup> Die untergeordnete Rolle von Frauen wurde im Eherecht festgeschrieben, gleichzeitig bestand ein gewisser Handlungsspielraum in der Möglichkeit der Gütertrennung und Schlüsselgewalt.<sup>10</sup>

Das Feld des Politischen war Männern vorbehalten. Diese Ausgrenzung wird unter anderem im Vereinsgesetz von 1867 deutlich, das Frauen mit „Ausländern“ und „Minderjährigen“ gleichstellte und diesen drei Gruppen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbot (Reichsgesetzblatt 134/1867). Diese in § 30 des Vereinsgesetzes festgelegte Regelung hatte zur Folge, dass sich Frauenvereine als unpolitisch deklarieren mussten, was in der Regel am Beginn der Vereinsstatuten geschah. Frauenwohltätigkeitsvereine konzentrierten sich darauf, punktuell Not zu lindern, doch sie hielten sich von gesellschaftspolitischen Debatten fern. Soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit wurden nicht thematisiert. Während 1907 das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt wurde, blieb Frauen diese Art der Partizipation bis zur Gründung der Republik Österreich im Jahr 1918 mit einer Vielzahl von

8 In diesem Zusammenhang sei auf die wichtigen Impulse der Intersektionalitätsforschung verwiesen, die eine Verbindung verschiedener Differenzkategorien, vor allem *gender*, *race* und *class*, fordert. Für eine Einführung siehe Gabriele WINKLER u. Nina DEGELE, Intersectionality as Multi-level Analysis. Dealing with Social Inequality. In: European Journal of Women's Studies 18/1 (2011) 51–66.

9 Die napoleonischen Kriege verhinderten die Inkraftsetzung in manchen Erbländern wie zum Beispiel Tirol, Krain und dem Innviertel.

10 Vgl. Margareth LANZINGER, Gunda BARTH-SCALMANI, Ellinor FORSTER u. Gertrude LANGER-OSTRAWSKY (Hrsg.), Aushandeln von Ehe. Heiratsverträge der Neuzeit im europäischen Vergleich = L'Homme Archiv 3 (Wien, Köln, Weimar 2010).

geschlechtsspezifischen Argumenten verwehrt.<sup>11</sup> Aufgrund der Zuschreibung einer natürlich passiven Wesensart wurde nicht nur die Möglichkeit politischer Teilhabe vom Wiener Hof sowie von zahlreichen Politikern, medizinischen Experten und kirchlichen Würdenträgern als „unsinnig“ abgetan, sondern auch gegen den Zugang von Frauen zu höherer Bildung und bestimmten Berufszweigen argumentiert.<sup>12</sup> Der Bildungsbereich stand deshalb hoch oben auf der Agenda der scheinbar „unpolitischen“ Frauenrechtsaktivistinnen des späten 19. Jahrhunderts, die für bessere Ausbildungsmöglichkeiten und den Zugang zu erweiterter Bildung kämpften. Wohltätiges Engagement spielte in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle, da die Geldmittel für Vereinsarbeit und für die Gründung von Schulen viele Ressourcen abverlangten.<sup>13</sup> Als um 1900 Studiengänge für Frauen geöffnet wurden, hatten diese einerseits mit fehlenden Bildungsvoraussetzungen zu kämpfen – das Gymnasium war bis ins 20. Jahrhundert Knaben vorbehalten –, andererseits mit mächtigen Vorurteilen im Universitätsbetrieb.<sup>14</sup> Ein weiterer Bereich, der männlich konnotiert wurde und, mitunter bis in die Gegenwart, für Frauen problematisch blieb, ist der ökonomische Aspekt: Geringere Bezahlung bei gleicher Leistung wurde mit der natürlichen Ungleichheit der Geschlechter gerechtfertigt, während gleichzeitig die Arbeit in Haus und Familie als Liebestätigkeit beschrieben und daher von Geld und Leistung entkoppelt wurde.<sup>15</sup> In ähnlicher Logik fand die Gründung des ersten

- 
- 11 Eine Ausnahme stellt das Kurienwahlrecht dar, das einige katholische Frauen mit Besitz in ihrem lokalen Wahlkreis wahlberechtigt machte. Detailliert dazu Birgitta BADER-ZAAR, *Frauenbewegungen und Frauenwahlrecht*. In: Helmut RUMPLER (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 8: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (Wien 2006) 1006–1027. Zu grundlegenden Aspekten politischer Teilhabe siehe Gabriella HAUCH, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938 = Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung 10* (Innsbruck, Wien 2009).
  - 12 Zu Veränderungen der Bildungsmöglichkeiten siehe Margret FRIEDRICH, „Ein Paradies ist uns verschlossen ...“ Zur Geschichte der schulischen Mädchenerziehung in Österreich im „langen“ 19. Jahrhundert = Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 89 (Wien 1999).
  - 13 Der erste Verein, der Bildungsmöglichkeiten, wenn auch innerhalb der Grenzen zugeschriebener Geschlechterrollen, erweiterte, war der 1866 gegründete Wiener Frauen-Erwerb-Verein; Margret FRIEDRICH, *Versorgungsfall Frau? Der Wiener Frauen-Erwerb-Verein – Gründungszeit und erste Jahre des Aufbaus*. In: *Studien zur Wiener Geschichte 47/48 (1991)* 263–308.
  - 14 An der Universität Wien wurden Frauen im Studienjahr 1897/98 erstmals an der Philosophischen Fakultät zugelassen; vgl. Waltraud HEINDL u. Maria TICHY (Hrsg.), *„Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück ...“*. Frauen an der Universität Wien (Wien 1993). Die Gründung von Mädchenbildungsanstalten wurde im 19. Jahrhundert Privatinitiativen überlassen; vgl. FRIEDRICH, *„Ein Paradies ist uns verschlossen ...“*.
  - 15 Das lässt sich auch an der Begriffsgeschichte der Wörter „Haus“ und „Häuslichkeit“ festmachen; vgl. Konstanze MITTENDORFER, *Stichworte zur Biedermeierzeit: „Haus“ und „Häuslichkeit“*. In: Günter DÜRIEGL, Robert WAISSNERBERGER u. Tino ERBEN (Hrsg.), *Bürgersinn und Aufbegehren. Biedermeier und Vormärz in Wien 1815–1848. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 17. Dezember 1987 bis 12. Juni 1988 (Wien 1987)* 563–567.

Frauenvereins der Habsburgermonarchie statt, der großen Aufwand betrieb, um die unpolitischen und häuslichen Tätigkeiten des Vereins hervorzuheben.

### Die Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen

Die erste Vorsitzende der Gesellschaft, Karoline Fürstin Lobkowitz, wurde ganz dem Ideal gemäß als „durch die Liebenswürdigkeit der mit allen weiblichen Tugenden geschmückten Hausfrau“<sup>16</sup> beschrieben. Zeitgenössisch wurde die Tätigkeit der Fürstin und des Vereins nicht nur diskursiv im Privaten verortet. Zu Beginn war das Lobkowitz'sche Gartenpalais in der Ungargasse tatsächlich Sitz des Vereins: „Der Garten war täglich mit Gruppen geretteter, hilfloser und dürtiger Menschen, sowie verlassenen Waisen gefüllt.“<sup>17</sup> Zum 100-jährigen Bestehen des Vereins 1910 wurde die auf den sogenannten weiblichen Wirkungskreis beschränkte Tätigkeit einmal mehr unterstrichen: „[...] bei der Tätigkeit im Einzelfalle [sei] hauptsächlich das Gebiet im Auge zu behalten, welches den Frauen recht eigentlich zukommt, nämlich jene Bedürftige zu berücksichtigen, welche gerade der weiblichen Pflege am meisten bedürfen.“<sup>18</sup> Wie die Vielzahl an Aktivitäten des Vereins zeigen wird, waren die Tätigkeiten der Mitglieder allerdings nicht lediglich auf ihr privates Umfeld beschränkt.

Klöster und deren Engagement in Bildung und Armenfürsorge waren ein Rollenmodell, auf das sich wohlthätige Initiativen des frühen 19. Jahrhunderts beziehen konnten. Vorbilder waren auch katholische Heilige wie Eleonore von England, deren Namensvetterin Kaiserin Eleonore 1668 einen österreichischen Frauenorden zur Förderung der Andacht zum Heiligen Kreuz, eines tugendhaften Lebens und wohlthätiger Handlungen gründete, oder Elisabeth von Thüringen, die häufig als Patronin katholischer Frauenvereine diente.<sup>19</sup> Karitative Tätigkeiten wirkten nicht nur für katholische Frauen unter Umständen emanzipatorisch, auch Gläubige anderer Konfessionen suchten und fanden Gelegenheiten, sozialen Problemen mit unterschiedlichen Strategien zu begegnen und dadurch politisch zu handeln. Der Zusammenschluss in Vereinen bot im 19. Jahrhundert eine neue Organisationsform, die bürgerlich-emanzipatorisch Gestaltungsräume eröffnete.

16 Wiener Modenzeitung 47 (Wien 1816) 461.

17 Gerhard Robert Walther von COECKELBERGHE-DÜTZELE, Curiösitäten- und Memorabilien-Lexicon von Wien, Bd. 1 (Wien 1846) 156.

18 Die Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen in Wien im ersten Jahrhundert ihres Bestandes 1811–1910 (Wien 1911) 9.

19 Zu dem 1668 von Kaiserin Eleonore gegründeten und heute noch bestehenden Sternkreuzorden siehe Peter WIESFLECKER, Der hochadelige Sternkreuz-Orden. In: Helmut-Theobald MÜLLER u. Karl PEITLER (Hrsg.), Die Sklavinnen der Tugend. Damenorden aus dem alten Österreich (Graz 2018) 15–28.



Frauenorganisationen waren ein Zeichen der entstehenden Zivilgesellschaft, die vom Staat geduldet bzw. auch gefördert wurden, um den Staatshaushalt zu entlasten. Zivilgesellschaftliches Engagement zum Zweck der Stärkung der staatlichen Infrastrukturmacht barg allerdings auch die Gefahr von unkontrollierbaren Freiräumen, was die zögerliche Verbreitung von Vereinsstrukturen bis in die späten 1860er Jahre verdeutlicht.<sup>20</sup> Die Gründung der Gesellschaft adeliger Frauen zu Beginn des 19. Jahrhunderts war ein Schritt zur Verknüpfung von Staat und Gesellschaft. In den Statuten der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen wird diese Verknüpfung beschrieben: „Es ist ein hohes Verdienst um das Vaterland, wenn Privaten, wenigstens zu Theile, und allmählig leisten, was der Staat jetzt



Abbildung 1: Porträt der Karoline Fürstin Lobkowitz, aus: Die Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen in Wien im ersten Jahrhundert ihres Bestandes 1811–1910 (Wien 1911).

nicht zu leisten vermag.“<sup>21</sup> „Die Kräfte des Staates sind durch die vieljährigen außerordentlichen Auslagen geschwächt worden [...]“,<sup>22</sup> heißt es am Beginn der Statuten des Vereins, die einen Eindruck über die Zeitumstände der Gründung geben. Zu diesem Zeitpunkt, kurz nach der zweiten Belagerung Wiens durch Napoleon 1809, waren die Staatsfinanzen in Folge der napoleonischen Kriege erheblich geschwächt,

20 Das Konzept der sogenannten Infrastrukturmacht (*Infrastructural Power*) wurde von Michael Mann entwickelt; Michael MANN, *Geschichte der Macht*, Bd. 3: Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten (Frankfurt am Main, New York 1998) 78–81.

21 Verfassung der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen, Hofkanzley-Decret vom 26. September 1816. In: Franz des Ersten politische Gesetze und Verordnungen für die Oesterreichischen, Böhmisches und Galizischen Erbländer, Bd. 44 (Wien 1818) 305.

22 § 1, Verfassung der Gesellschaft adeliger Frauen, zur Beförderung des Guten und Nützlichen (Wien 1810).

was 1811 in einem Staatsbankrott gipfelte. Viele Anstalten sollten „zum Vortheile des Staates“ errichtet werden; in den Statuten werden die Bereiche Kunst, Wissenschaft, Industrie und Gewerbe, speziell Landbau, genannt. Daher habe sich das Kaiserhaus entschlossen, diese Aufgabe für privates weibliches Engagement zu öffnen. Während die Mitgliedschaft in diesem karitativen Verein Frauen vorbehalten war, waren schon einige Jahre zuvor kriegsbedingte Einbindungen von Zivilisten in Staatsbelange erfolgt. Im Sinne eines kämpferisch-kriegerischen Vaterlandskonzepts wurde die Beteiligung von Männern an der Landwehr, einer bewaffneten Volksmiliz zur Unterstützung des Militärs, beworben.<sup>23</sup> Zugespitzt formuliert fand im Laufe des mehrjährigen Kriegsgeschehens die bekannte Rollenverteilung statt: Während Männer das Vaterland verteidigten, sollten sich Frauen um das „ehrenvolle, schöne Geschäft“ der Wohltätigkeit kümmern.<sup>24</sup>

Die Gründung der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen wurde im Oktober 1810 „auf allerhöchsten Befehl“ von Kaiser Franz II. (I.) durch den Geheimen Kabinettsdirektor und Hofrat Andreas Neuberger bestätigt.<sup>25</sup> Bemerkenswert ist, dass der Kaiser die Weisung erteilt hatte, „dass der Gesellschaft die nöthigen Druckarbeiten unentgeltlich aus der Staatsdruckerei geliefert werden“. Bei der Menge an sich bald formierenden Filialgesellschaften in Niederösterreich waren diese „Druckarbeiten“ durchaus nicht gering.

Wie so oft im 19. Jahrhundert wurde dieser Frauenverein jedoch nicht von Frauen ins Leben gerufen, sondern von einem Mann, Joseph Sonnleithner, der bis zu seinem Tod 1835 als Sekretär der Gesellschaft tätig war. Sonnleithner, der am Beginn seiner Karriere am Kreisamt im Viertel unter dem Wienerwald gearbeitet hatte, wurde unter Joseph II. am Wiener Hof tätig und Distriktkommissar sowie Sekretär des Wiener Hoftheaters. Später avancierte er zum Regierungsrat und begründete 1812 die Gesellschaft der Musikfreunde sowie das Konservatorium mit.<sup>26</sup>

Die Aussicht auf Anerkennung der Bemühungen um das Vaterland durch den Landesvater ist ein wichtiges Element zur Aktivierung von Taten aus Vaterlandsliebe, sei es nun im Kontext der Landwehr oder im Vereinskontext:

---

23 Die allgemeine Wehrpflicht für Männer wurde 1868 eingeführt; vgl. Christa HÄMMERLE, Die k. (u.) k. Armee als ‚Schule des Volkes‘? Zur Geschichte der Allgemeinen Wehrpflicht in der multinationalen Habsburgermonarchie (1866–1914/18). In: Christian JANSEN (Hrsg.), Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert: ein internationaler Vergleich (Essen 2004) 175–213.

24 Vgl. Claudia OPITZ, Der Bürger wird Soldat und die Bürgerin? In: Victoria SCHMIDT-LINSENHOFF (Hrsg.), Sklavin oder Bürgerin? Französische Revolution und Neue Weiblichkeit 1760–1830 (Frankfurt am Main 1989) 38–54.

25 Wienbibliothek (WB), Druckschriftensammlung, Signatur C-24154, handschriftliche Erlaubnisertheilung zur Vereinsgründung 1810, ausgestellt von Andreas Neuberger, beigeheftet der Zusammenstellung der Sitzungs-Beschlüsse der Gesellschaft adeliger Damen zur Beförderung des Guten und Nützlichen (Wien 1841).

26 STEKL, Adel und Bürgertum, 243–245.

„[...] welchem Seine Majestät mit den allergnädigsten Ausdrücken Ihren Beyfall zu schenken, und zugleich huldvoll zu äußern geruhet haben: daß jene Frauen, welche einer so gemeinnützigen Verbindung beytreten werden, auf Allerhöchst Ihr Wohlgefallen und Erkenntlichkeit mit Zuversicht rechnen können.“<sup>27</sup>

In der Erlaubnis zur Gründung der Gesellschaft adeliger Frauen zeigt sich die Ambivalenz des Kaisers zwischen Fortschritt und Angst vor zivilgesellschaftlichem Engagement. Obwohl eine rasche Vergrößerung der Gesellschaft erhofft wurde, ist die Geschwindigkeit der Verbreitung und Zielgerichtetheit von Aktivitäten durchaus bemerkenswert: 1811 zählte der Verein 44 Niederlassungen in Niederösterreich, die Zahl wuchs 1812 auf 121 an und steigerte sich bis 1813 auf 149 Filialen. 1814 pendelte sich die Anzahl der Filialen in Niederösterreich auf 83 ein und blieb in den folgenden Jahren konstant bei etwa 80. Die rasche Expansion der Gesellschaft nicht nur in Wien und Niederösterreich, sondern auch in anderen Provinzen des Habsburgerreiches dürfte Anlass für eine Verordnung, datiert mit 26. September 1816, gewesen sein, die lautete: „Seine Majestät haben für die Frauen-Vereine nachträglich einige allgemeine Vorschriften aufzustellen geruhet, nach welchen sich daher die sämtlichen Länderstellen zu benehmen haben.“<sup>28</sup> An den Punkten dieser Verordnung lässt sich Grundsätzliches über den Wunsch der kaiserlichen Regierung bezüglich Vereinsorganisation ablesen. Es wurde gestattet, dass in allen Haupt- und Handelsstätten sowie Märkten Frauenvereine als jederzeit auflösbare Privatvereine „freywillig“ gebildet werden. Diese Freiwilligkeit bedeutete auch absolute Ehrenamtlichkeit, eine Anstellung sollte nicht möglich sein. Eine starke Einschränkung der Vereinstätigkeit wurde in Punkt drei vorgenommen: „Jeder dieser Vereine ist für sich bestehend. Es kann daher zwischen den verschiedenen Vereinen keine Verbindung, keine Correspondenz, keine Abhängigkeit statt finden, und es wird weiters keine Filialen geben.“

In einem kurzen Schreiben über das vergangene Vereinsjahr an die Filialleiterin in Rohrau, Catharina Luegmayer, nahm Maria Anna Gräfin Dietrichstein auf diese Beschränkung und deren baldige Aufhebung im Jänner 1817 nach Intervention der Gesellschaft Bezug:

*Dieser glückliche Erfolg und das Bewußtseyn, unseren unglücklichen Mitmenschen wesentlich genützt zu haben, muß uns dabey nun um so mehr anspornen, unsere Bemühungen mit gleichem Eifer fortzusetzen, als Se. Majestät die durch allerhöchste Entschließung vom 20. September 1816 verfügten Beschränkungen der*

27 § 2, Verfassung der Gesellschaft adeliger Frauen, zur Beförderung des Guten und Nützlichen (Wien 1810).

28 Hofkanzley-Decret vom 26. September 1816. In: Franz des Ersten politische Gesetze und Verordnungen für die Oesterreichischen, Böhmischen und Galizischen Erbländer, Bd. 44 (Wien 1818) 305.

*Gesellschaft über eine alleruntertänigste Vorstellung derselben durch allerhöchstes Cabinetsschreiben vom 1. Januar 1817 wieder aufzuheben, und die werktätigen Unterstützungen, welche mehreren der bestehenden Armen- und Versorgungs-Anstalten durch die Gesellschaft zugeflossen sind, mit Zufriedenheit zu erkennen geruhet haben.*<sup>29</sup>

In dieser Episode des Verbots der Vernetzung und dessen Aufhebung wird ein Handlungsspielraum bzw. ein Verhandeln der eigenen Position sowie ein Bewusstsein für die wichtige Rolle in karitativen Angelegenheiten, die die Gesellschaft in kürzester Zeit eingenommen hatte, deutlich.

### Aktivitäten und Tätigkeitsbereiche der Gesellschaft adeliger Frauen

Die Gesellschaft adeliger Frauen betrieb nicht nur klassische Wohltätigkeit für bedürftige Arme, sondern beschäftigte sich bis Anfang der 1840er Jahre auch damit, Frauen Einkommensmöglichkeiten, bei Bedarf anonym, durch den Verkauf ihrer Nadelarbeiten zu verschaffen; dazu mussten allerdings die Werkstücke in Wien in eines der Depots in die Privathäuser von Mitgliedern gebracht werden.<sup>30</sup>

Niederösterreich wurde mit der Stadt Wien und ihren Vorstädten in zwölf Bezirke aufgeteilt, an deren Spitze sogenannte Ausschusssdamen standen, deren Familien dem Hochadel zugerechnet werden können. Aus diesem Kreis von Frauen, die aufgrund ihres Standes und ihrer verwandtschaftlichen Beziehungen gut vernetzt waren, wurde alle drei Jahre eine Vorsitzende gewählt. Von dieser, aus heutiger Sicht durchaus demokratischen Intention wurde durch die oft jahrelange Vorstandstätigkeit selten Gebrauch gemacht. Freilich war das demokratische Element begrenzt, denn in den zwölfköpfigen Ausschuss wurden nur Angehörige des besitzenden Adels zugelassen.<sup>31</sup> Im ersten Ausschuss der Gesellschaft finden sich nicht nur katholische Adelige, sondern auch die Jüdin Franziska (Fanny) Freifrau Arnstein, deren Mann

29 ÖStA (Österreichisches Staatsarchiv), AVA (Allgemeines Verwaltungsarchiv), Inneres, PhSt 1010, Brief von Maria Anna Gräfin Dietrichstein an Catharina Luegmayer, Oberleiterin der Filiale Rohrau, 8. August 1817.

30 Kunst- und Industrie-Anstalt für feinere weibliche Handarbeiten. In: Vaterländische Blätter (8. Juli 1812) 325 f.

31 Im ersten Ausschuss befanden sich folgende adelige Frauen: Karoline Fürstin Lobkowitz, geb. Prinzessin Schwarzenberg (erste Präsidentin des Vereins); Josefa Fürstin Auersperg, geb. Prinzessin Lobkowitz; Karoline Fürstin Liechtenstein, geb. Gräfin Manderscheidt-Blankenhayn; Anna Gräfin Thurn, geb. Gräfin Sinzendorf; Franziska (Fanny) Freifrau Arnstein, geb. Itzig; Maria Anna Gräfin Dietrichstein, geb. Gräfin Wildenstein; Isabella Gräfin Chotek, geb. Gräfin Rottenhan; Marie Christine Fürstin Lichnowsky, geb. Gräfin Thun; Louise Gräfin Rzewuska, geb. Fürstin Lubomirska; Karoline Fürstin Trauttmannsdorf, geb. Gräfin Colloredo; Louise Gräfin Lanckoronska, geb. Gräfin Rzewuska; Marie Fürstin Esterházy, geb. Prinzessin Liechtenstein; Sophie Gräfin Schönborn, geb. Gräfin von der Leyen. Vgl. Die Gesellschaft 1811–1910, 15 f.

Nathan 1801 als Bankier und Geschäftsmann die Ausnahmegenehmigung erhalten hatte, bürgerliche und rustikale Realitäten in Niederösterreich zu erwerben.<sup>32</sup> Durch das Fehlen von jüdischen Grund- und Gutsbesitzerinnen in dieser Zeit beschränkte sich wohltätiges Engagement von Jüdinnen lange Zeit auf Wien, wo 1816 der Israelitische Frauenwohltätigkeitsverein ins Leben gerufen wurde.<sup>33</sup> Wie sehr die Mitgliedschaft im Ausschuss an Besitz geknüpft war, zeigt das Schicksal von Maria Anna Gräfin Dietrichstein, die 1815 Fürstin Lobkowitz als Vorsteherin nachgefolgt war. Sie trat 1824 von ihrem Amt als Vorsteherin zurück und legte alle Funktionen in der Gesellschaft nieder, nachdem ihr Vater Joseph Karl Graf Dietrichstein, der von 1804 bis 1805 das Amt des Niederösterreichischen Regierungspräsidenten innehatte, gestorben war. Graf Dietrichstein hatte keine männlichen Nachkommen, und Maria Anna, seine einzige Tochter, die ehelos geblieben war, musste nach seinem Tod den größten Teil des ihr vermachten Besitzes in Niederösterreich, darunter die Herrschaft Merkenstein, verkaufen, um ihren Unterhalt zu sichern.<sup>34</sup> In solchen Verhältnissen war es ihr nicht mehr möglich, großzügige wohltätige Gaben zu leisten, wie es von Seiten der jeweiligen Vorsteherin erwartet wurde.

Ein weiteres Schreiben von Maria Anna Gräfin Dietrichstein während ihrer Zeit als Vorsteherin an die Oberleiterin der Filialgesellschaft in Rohrau gibt Auskunft über die Vereinspraxis und die rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Oberleiterin der Filiale Rohrau, Catharina Luegmayer, war die Frau des herrschaftlichen Verwalters in Rohrau, das damals noch in Besitz von Karl Leonhard Graf Harrach stand. Als Oberleiterin einer Filiale war es ihre Aufgabe, Nachforschungen über die Lebensverhältnisse und die „Würdigkeit der zu Beteiligten“<sup>35</sup> anzustellen und im Falle von Bedürftigkeit die Gesellschaft um Hilfeleistung zu kontaktieren. Einige Versorgungstätigkeiten erforderten keine gesonderte Anfrage, sondern wurden in Kommunikation mit lokalen Akteuren wie Priestern und Ärzten ausgeführt. Dazu zählte zum Beispiel die Vermittlung von Starblinden und Augenkranken zur Behandlung in Wien. In beiden Schreiben an Catharina Luegmayer 1817 und 1819 wird der Ablauf beschrieben:

*Jeder Augenkranke, der von dem Kreisarzte zur Operation geeignet befunden worden, wird mit einer von Ihnen unterfertigten Anweisung nach Wien geschickt, und*

32 Vgl. Elisabeth LOINIG, Verbotenes Land – ersehnte Stadt. Juden in Wien und Niederösterreich im 18. Jahrhundert. In: Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER u. Andreas WEIGL (Hrsg.), Wien und Niederösterreich – eine untrennbare Beziehung? Festschrift für Willibald Rosner zum 65. Geburtstag = Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 70 (St. Pölten 2017) 107–124, hier 122.

33 Vgl. Elisabeth MALLEIER, Jüdische Frauen in Wien 1816–1938. Wohlfahrt – Mädchenbildung – Frauenarbeit (Wien 2003).

34 Albert STARZER, Beiträge zur Geschichte der Niederösterreichischen Statthalterei (Wien 1897) 363.

35 Die Gesellschaft 1811–1910, 12.

*an die Frau Gräfinn von Lazansky Excellenz, wohnhaft unter den Tuchlauben Nr. 471, adressiert.*<sup>36</sup>

Im zweiten Bestandsjahr des Vereins wurden 150 Personen, die meisten davon „vom Lande hereingebracht“, in Wien behandelt.<sup>37</sup> In der Schrift zum 25-jährigen Jubiläum des Vereins wird die Anzahl der zwischen 1820 bis 1835 hauptsächlich aus Niederösterreich stammenden Patientinnen und Patienten mit ca. Tausend beziffert; das bedeutet, es wurden im Schnitt 70 Personen pro Jahr hauptsächlich durch den Wiener Augenarzt Carl Jäger unentgeltlich behandelt. Die Gesellschaft organisierte die Reise und übernahm die Kosten.<sup>38</sup>

Der Organisationstätigkeit des Vereins und dessen Filialen in Niederösterreich wurde in kürzester Zeit große Bedeutung zugemessen. Das zeigt ein Vorschlag des Niederösterreichischen Regierungspräsidenten Augustin Reichmann aus dem Jahr 1814, der das Potential des entstandenen Netzwerks nutzen wollte.<sup>39</sup> Nach Reichmanns Auffassung sollte die Möglichkeit bestehen, Arbeitsschulen, in denen vor allem Handarbeiten unterrichtet würden, getrennt von den Grundschulen zu errichten. Es ist bemerkenswert, dass diese Unterrichtsanstalten nicht von den katholischen Schulbehörden, sondern von Mitgliedern der Gesellschaft adeliger Frauen in Wien und Niederösterreich überwacht werden sollten:

*Diese Schulen sollten auch abgeschieden von den Literarschulen bestehen dürfen; alle aber sollen der öffentlichen Aufsicht und der Beobachtung der Damen-Gesellschaft, ohne Anstand, untergezogen [sic!] werden.*<sup>40</sup>

An diesem Beispiel wird einerseits deutlich, wieviel Vertrauen der Regierungspräsident in die Mitglieder der Gesellschaft adeliger Frauen hatte, ohne in einem nahen Verwandtschaftsverhältnis mit einem der Ausschussmitglieder zu stehen. Gleichzeitig zeigt es, dass staatliche Repräsentanten durchaus daran interessiert waren, die Macht der katholischen Kirche, die von 1806 bis 1869 die Schulaufsicht innehatte, auch in ländlichen Regionen zu beschränken.<sup>41</sup> Obwohl der Plan,

36 ÖStA, AVA, Inneres PhSt 1010, Brief von Maria Anna Gräfin Dietrichstein an Catharina Luegmayer, Oberleiterin der Filiale Rohrau, 8. August 1817 und 25. August 1819.

37 FRANZ FRANZL, Die Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen in Wien: deren Entstehen und Wirksamkeit in dem Zeitraume von fünf und zwanzig Jahren (Wien 1836) 5.

38 Ebd., 6.

39 Augustin Reichmann (1754–1828) bekleidete von 1817 bis 1828 das Amt des Regierungspräsidenten und war bereits 1814 in Vertretung von Graf Saurau als solcher tätig gewesen; vgl. STARZER, Beiträge zur Geschichte, 378.

40 ÖStA, AVA, StHK, 17a in genere, Industrieschulen [23–68], Reichmann.

41 Die Errichtung von Arbeitsschulen in allen Teilen der Monarchie zur Hebung der Arbeitsamkeit und Moralität und Verhinderung des Müßiggangs wurde aus Kostengründen niemals umgesetzt, obwohl sich ein Großteil der Provinzen dafür ausgesprochen hatte. Diese Schulen wurden im 19. Jahrhundert von Privatpersonen, kirchlichen Institutionen wie Schulorden sowie Vereinen be-

von staatlicher Seite Arbeitsschulen zu errichten, nicht in die Tat umgesetzt wurde, unterstützte die Gesellschaft adeliger Frauen zahlreiche dieser Schulen in Wien und Niederösterreich. In regelmäßig veröffentlichten Listen über Förderer des Schulwesens finden sich zahlreiche Einträge von Filialvereinen. So berichtet zum Beispiel die *Wiener Zeitung* im April 1827, dass die Gesellschaft auch „in diesem Jahre wieder, wie seit 1814 jährlich [...], 50 Gulden W.W. auf Anschaffung zweckmäßiger Stoffe zu Kleidungsstücken für die weibliche Arbeitsschule in Bruck an der Leitha gewidmet [hat]“.<sup>42</sup> Dass Mädchenbildung zum Wirkungskreis der Gesellschaft gehörte, zeigt auch die Finanzierung der zwölfbändigen *Encyklopädie für die weibliche Jugend*, verfasst von Antonie Wutka, die 1815 und 1816 erschien.<sup>43</sup>

Umfassende Auskunft über die Tätigkeitsbereiche der Filialvereine geben die Jahresberichte der Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft. Am Ende der napoleonischen Ära 1814/15 machte sich die Gesellschaft die Linderung von Kriegsfolgen zwar nicht gezielt zur Aufgabe, unterstützte aber punktuell Soldaten, Feldärzte und deren Familien. 1814 wurden auf Betreiben der Filialleiterin von Neudorf 465 Gulden für Verunglückte der Schlacht bei der böhmischen Stadt Kulm [*Chlumec*] zur Verfügung gestellt. Angehörige zu Tode gekommener Feldärzte wurden mit 500 Gulden und dürftige Militärfamilien mit 402 Gulden bedacht.<sup>44</sup> Medizin und Pflege waren nicht nur im Kontext der Kriegsfolgen und bestimmter Krankheiten ein zentrales Anliegen der Gesellschaft. Es wurden auch zahlreiche in diesen Bereichen tätige kirchliche und staatliche Institutionen unterstützt und die Ausbildung von Ärzten und Hebammen subventioniert.

Hilfe für Brandopfer, sogenannte „Abgebrannte“, stellte einen wiederkehrenden Ausgabeposten dar. Aufgrund der begrenzten Möglichkeiten zur Eindämmung und Löschung von Bränden kam es im 19. Jahrhundert regelmäßig zur Vernichtung ganzer Siedlungsteile. Im Vereinsjahr 1812 betrug die Auslagen für „Abgebrannte auf dem Lande in verschiedenen Gegenden“ 2.530 Gulden. 6.000 Gulden wurden „den dürftigen Abgebrannten in Baden nachträglich“ gespendet.<sup>45</sup> Einige Jahre später wird diese Art von Unterstützung allgemeiner kategorisiert: „Unterstützung verschiedener durch Wasser, Brand, Epidemie verunglückter Bewohner einiger Fi-

---

trieben. Näheres dazu bei Waltraud SCHÜTZ, *Educational Entrepreneurs and the Politics of Schooling in Nineteenth-Century Habsburg Society* (Diss. Florenz 2018).

42 *Wiener Zeitung* (14. April 1827) 1.

43 Antonie WUTKA, *Encyklopädie für die Weibliche Jugend* (Wien 1815–1816).

44 Im Gegensatz zu Patriotischen Frauenvereinen, deren Hauptziel die Kriegsfürsorge war, waren die Aktivitäten der Gesellschaft adeliger Frauen von Beginn an sehr breit gefächert; vgl. Dirk Alexander REDER, *Frauenbewegung und Nation = Kölner Beiträge zur Nationsforschung* 4 (Vierow bei Greifswald 1998).

45 WB, Druckschriftensammlung, Signatur B-23885, Ausweis der Einnahme der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Gutes und Nützlichen und der Verwendung für die Jahre 1811–1856 (o. O. o. J.) Ausweis 1812.

lialen, und Schulenunterstützung“.<sup>46</sup> Als 1822 eine Feuersbrunst schwere Schäden im Bezirk Hollabrunn anrichtete, berichtete der *Österreichische Beobachter* von den Mitteln, mit denen Gaunersdorf (600 Gulden) und Wullersdorf (800 Gulden) finanziell geholfen wurden, „[...] und diese so schnelle, folglich doppelt wirksame Hülfe gibt einen neuen Beweis, daß die adelige Frauen-Gesellschaft für die Bewohner des flachen Landes nicht minder besorgt und nach Kräften wirksam sei, als für die der Hauptstadt“.<sup>47</sup>

Die Formulierung dieser Anzeige deutet auf mögliche Konflikte um die Verteilung des Vereinsvermögens und auf organisatorischen Fragen hin, die genauere Betrachtung verdienen. Obwohl in den Einnahmen und Ausgaben wohltätige Gaben für Bedürftige in Niederösterreich zahlreich erwähnt werden, flossen mehr Beträge nach Wien und dessen Vororte. Baden, damals ein Kurort mit 5.675 Einwohnerinnen und Einwohner [Stand 1824],<sup>48</sup> hatte einen Sonderstatus inne, da die Gesellschaft dort im ersten Jahr ihrer Tätigkeit das sogenannte Marienspital errichtet hatte. Ein weiteres Indiz für eine Beschwerde in diesem Zeitraum ist eine Veränderung in der Formulierung des ersten Satzes der Jahresberichte. War bis 1822 von den Einnahmen „der Gesellschaft“ die Rede, so veränderte sich die Formulierung im Bericht 1823:

„Die Gesellschaft ist sowohl durch die von den Mitgliedern in Wien, als durch die Filialen eingeflossenen Beyträge in dem glücklichen Falle gewesen, die vorzüglichsten Gegenstände ihrer Wirksamkeit wie in den vorhergehenden Jahren auch in dem Jahre 1823, dem dreyzehnten seit ihrer Entstehung, umfassen zu können.“<sup>49</sup>

Ab 1826 schließlich wurden die Vorsteherinnen der niederösterreichischen Filialen in ihrer Position genannt, was als Hervorhebung ihrer Tätigkeiten gewertet werden kann:

„Auch in dem nächst verflossenen Jahre ist die Gesellschaft durch die thätige Mitwirkung ihrer Mitglieder in Wien und der Frauen Oberleiterinnen in den Filialen im Stande gewesen, ihrer Bestimmung nach zu kommen.“<sup>50</sup>

46 Ebd.

47 Feuersbrunst in Gaunersdorf und Wullersdorf. In: *Österreichischer Beobachter* (17. Juni 1822) 4.

48 Kurt KLEIN (Bearb.), *Historisches Ortslexikon. Statistische Dokumentation zur Bevölkerungs- und Siedlungsgeschichte. Niederösterreich, Teil 1: Statutarstädte, Amstetten, Baden, Bruck an der Leitha, Gänserndorf, Gmünd*, online: <https://www.oeaw.ac.at/vid/research/research-groups/demography-of-austria/historisches-ortslexikon/> (11.8.2018).

49 WB, Druckschriftensammlung, Signatur B-23885, Ausweis der Einnahme der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Gutes und Nützlichen und der Verwendung für die Jahre 1811–1856 (o. O. o. J.) Ausweis 1823.

50 Ebd., Ausweis 1826.



Die Oberleiterinnen waren für administrative Tätigkeiten wie das Einkassieren von Mitgliedsbeiträgen und die Erfassung von Möglichkeiten der Wohltätigkeit zuständig. Die jährlich eingesammelten Mitgliedsbeiträge wurden an die Vereinsleitung übermittelt und dort nach Beschlüssen des Ausschusses umverteilt. Kleine Spenden wurden an eine Vielzahl von Bedürftigen verteilt, arme Wöchnerinnen beispielsweise waren eine Personengruppe, die regelmäßig unterstützt wurde.

Kinderfürsorge war auch im Hinblick auf Findelkinder ein Aufgabengebiet, das die Gesellschaft für sich beanspruchte. Die Filialvereine in Niederösterreich waren für die Platzierung von Findelkindern aus Wien zuständig. Familien auf dem Land erhielten dafür von der Gesellschaft finanzielle Mittel und gegebenenfalls Naturalien. Nur drei Monate nach der Gründung der Gesellschaft besuchten drei Mitglieder des Ausschusses, die Fürstinnen Lobkowitz und Lichnowsky sowie die Gräfin Chotek, das Wiener Findelhaus und beschlossen, Kinder zur Verpflegung aufs Land zu schicken.

„Da sich aus den Mortalitätstabellen zeigt, daß die meisten Kinder von jenen das Leben erhalten, welche auf das Land in Verpflegung kommen, so ist die Gesellschaft bemüht, dort Leute aufzusuchen, welche die Kinder gegen annehmbare Bedingungen in Verpflegung übernehmen. [...] Die Verwendung angemessener Beträge in Geld, und die persönliche Aufsicht verständiger Frauen und Ärzte geben die schöne Hoffnung, daß durch diese menschenfreundliche Anstalt einer großen Anzahl von Kindern das Leben erhalten wird.“<sup>51</sup>

Im darauffolgenden Jahresbericht zeigte sich die Gesellschaft stolz, von 1. Februar 1812 bis 31. Januar 1813 130 Findlinge in Verpflegung genommen zu haben, von denen nur elf starben.<sup>52</sup>

Ein weiterer Bereich der Kinderfürsorge, in dem niederösterreichische Filialgesellschaften und ihre Leiterinnen eine wichtige Rolle einnahmen, war, bedürftige gehörlose Kinder in ihrem Wirkungsbereich festzustellen und an das Taubstummensinstitut in Wien zu vermitteln. Über die Fortschritte der Zöglinge wurde im Sinne des Nützlichkeitsprinzips berichtet. Kinder zu brauchbaren Arbeitskräften zu erziehen war bereits im 18. Jahrhundert ein wichtiges Bildungsziel. Im ersten Jahr der Vereinsgründung befanden sich beispielsweise zehn Zöglinge aus Wien und Nieder-

51 Österreichischer Beobachter (23. März 1811) 515 f.

52 WB, Druckschriftensammlung, Signatur B-23885, Ausweis der Einnahme der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Gutes und Nützlichen und der Verwendung für die Jahre 1811–1856 (o. O. o. J.) Ausweis 1813. Zur hohen Sterblichkeitsrate von Findelkindern und deren Versorgung vgl. Verena PAWŁOWSKY, Mutter ledig – Vater Staat. Das Gebärd- und Findelhaus in Wien 1784–1910 (Innsbruck, Wien 2001).

österreich auf Kosten der Gesellschaft adeliger Frauen im Taubstummeninstitut.<sup>53</sup> Durch die Vereinstätigkeit wurde „Magdalena Longini, Hauerstochter aus Jetzelsdorf, Anna Grimm aus Oberdöbling, Johann Geith, Hauerssohn aus Marchegg, Ferdinand Nothnagel von Schwarzenbach, Elisabeth Kainzmayer aus Matzen, J. Kramer aus Stopfenreith, Joseph König aus Klosterneuburg, Anna Wurmbrand, Hausmeisterstochter von Wien, Joseph Wittmann, Bauerssohn von Oberfellabrunn, und Schilk von Ottokrin [Ottakring]“<sup>54</sup> eine Ausbildung verschafft. In der Vergabe von Winterkleidung an ausschließlich weibliche Zöglinge des Instituts lässt sich eine bevorzugte Unterstützung von Mädchen und Frauen feststellen.

Im Laufe der Jahre ist zu beobachten, dass die Filialleiterinnen mit großem Erfolg Privatpersonen, Betriebe und Institutionen motivierten, ihre Ressourcen für wohlthätige Zwecke anzubieten. So wurden beispielsweise in Wien und Baden warme Bäder „von den Herren Bade-Eigenthümern“ unentgeltlich zur Verfügung gestellt.<sup>55</sup>

1825 gab es 100 Filialgesellschaften in Niederösterreich, die unterschiedliche Jahresbeiträge leisteten. Die Sammlungsbeiträge in der Stadt Wien betragen 15.778,40 Gulden und in den Vorstädten 6.826 Gulden. Die Beiträge der Filialgesellschaften beliefen sich auf 5.051,28 Gulden. Auch im Laufe der nächsten 20 Jahre wurde etwa ein Fünftel der Jahresbeiträge von Filialgesellschaften in Niederösterreich (ohne Wiens Vorstädte) geleistet. Eine detaillierte Auflistung der einzelnen Beträge in den Ausweisen der Einnahmen der Gesellschaft zeigt, wie unterschiedlich und oft kleinteilig diese Beträge waren.<sup>56</sup>

Tabelle 1: Einnahmen der Gesellschaft adeliger Frauen im Jahr 1825 in Niederösterreich

Ort	Gulden	Kreuzer
Achau	10	6
Aggsbach	20	
Altenburg	25	50
St. Andrä an der Traisen	13	21
Aspendsdorf [ev. Druckfehler]	25	
Aspersdorf	25	
Atzgersdorf	44	50
Baden	483	10
Biedermannsdorf	16	
Bisamberg	25	

53 Detaillierte Informationen über das k. k. Taubstummeninstitut bei Florian Andreas WIBMER, Unterricht für gehörlose Personen im 18. und 19. Jahrhundert (MA Wien 2016).

54 WB, Druckschriftensammlung, Signatur B-23885, Ausweis der Einnahme der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Gutes und Nützlichen und der Verwendung für die Jahre 1811–1856 (o. O. o. J.) Ausweis 1811.

55 Ebd., Ausweis 1825.

56 Ebd.

Ort	Gulden	Kreuzer
Breitenlee	17	
Bruck an der Leitha	142	42
Burgenns [?]	25	32
Deutsch-Brodersdorf	3	20
Döbling	124	
Dobersberg	10	
Ebergassing	46	17
Ebreichsdorf	27	19
Enzersdorf (Stadt)	140	4
Erla	30	
Feistritz	16	
Fischamend	78	15
Gaudenzdorf	30	
Gilgenberg	10	
Gleiszell [?]	27	30
Gloggnitz	3	28
Göttweig	60	
Greifenstein	19	30
Großau	22	
Groß-Siegharts	200	
Gumpoldskirchen	32	
Hainburg	25	
Hauskirchen	51	40
Hirschstetten	20	
Horn	71	15
Jedlersdorf	56	34
Judenau	30	2
Kirchberg	26	
Klein-Mariazell	14	15
Klosterneuburg	124	
Königstetten	10	
Korneuburg	37	
Kottingbrunn	33	
Kranichberg	25	9
Krumbach	205	20
Karlstetten	8	18
Laab	16	
Laxenburg	22	36
Leopoldsdorf	58	
Luberegg	20	
Mailberg	63	25

Ort	Gulden	Kreuzer
Mannersdorf	28	15
Marchegg	40	35
Massendorf	10	50
Meidling	61	55
Mödling	28	30
Neuhofen an der Ybbs	19	
Neulerchenfeld	136	58
Neunkirchen	40	
Niederachleiten	16	41
Niederfladnitz	20	
Oberhöflein		
Obersiebenbrunn	49	31
Obritzberg	6	50
St. Pantaleon	10	
Petronell	46	
Pottendorf	72	6
Prinzendorf	55	
Purgstall	22	2
Purkersdorf	75	16
Reichenau	24	
Retz	58	15
Rohrau	40	30
Rustendorf	27	
St. Peter [in der Au?]	10	
Sachsengang	14	
Scheibbs	41	
Schloßhof	197	48
Schloss Schönborn	122	34
Schönkirchen	35	5
Schwadorf	65	58
Schwarzenau	34	30
Spitz	20	
Staatz	50	
Stein	43	
Stockerau	80	40
Totzenbach	6	
Traismauer	13	39
Tribuswinkel	21	50
Velm, VUWW	15	
Waidhofen an der Ybbs	262	3

Ort	Gulden	Kreuzer
Weinhaus	25	30
Weitra	147	
Wenkheim [?]	52	30
Weyerburg	80	30
Würmla	7	
Wolfsthal	44	5
Wolkenstein	10	3
Ybbsitz	37	
Zwentendorf	34	17
Summe	5.051	28

Quelle: Wienbibliothek, Druckschriftensammlung, Signatur B-23885, Ausweis der Einnahme der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen und der Verwendung für die Jahre 1811–1856 (o. O. o. J.) Ausweis 1825.

Der größte Betrag von 483 Gulden und 10 Kreuzern wurde von der Filiale Baden für das oben erwähnte Marienspital gesammelt. Im November 1811 wurden auf dem Gebiet der damaligen Herrschaft Weikersdorf drei Grundsteine für den Spitalsbau gelegt. Bereits 1813 wurde das Krankenhaus mit zwölf Betten eröffnet, in dem arme fremde Personen ohne Unterschied der „Nation“ und Religion behandelt wurden. Die nötigen finanziellen Mittel stammten von Sammlungen und Sachspenden. Regina Freifrau Aichelburg war bis zu ihrem Tod 1817, gemeinsam mit Gräfin Rzewuska, Leiterin der Filiale Baden und maßgeblich an der Gründung und Instandhaltung des Marienspitals beteiligt. Die bereits erwähnte Franziska (Fanny) Freifrau Arnstein überreichte „der Frau Fürstinn Vorsteherinn die Summe von sechs tausend hundert sechzig Gulden, welche sie von den Israeliten als einen Beytrag zu diesem Spital durch Collecte erhalten hatte“.<sup>57</sup> Ihre Tochter Henriette Freifrau Pereira-Arnstein stand dem Spital ab 1824 vor. Sie stiftete neun Betten und die beträchtliche Summe von 21.700 Gulden, mit der das Marienspital ausgebaut wurde.

Im Zuge der stetigen Erweiterung wurden auch andere Kranke, die kein Bett gestiftet hatten, „gegen Bezahlung einer bestimmten Verpflegungsgebühr“<sup>58</sup> aufgenommen. Die Stiftung eines Bettes verlieh das Recht, Kranke einweisen zu dürfen. Ein weiterer Teil der Finanzierung wurde durch die Veranstaltung einer Vielzahl von Festen und Aufführungen gewährleistet. Die Organisation von Bällen und Tanzunterhaltungen war speziell am Land eine wichtige Aufgabe von Vereinen, die sowohl die Geselligkeit förderte als auch Spendengelder lukrierte. Bei Maskenbällen

57 Vaterländische Blätter (4. Dezember 1811) 588.

58 M. J. MAYER, Miscellen über den Curort Baden in Niederösterreich (Baden 1819) 39.



Abbildung 2: Ansicht des Marienspitals in Baden, Lithographie von Ferdinand Anton Johann Wetzelsberg, 1825, Rollett-Museum Baden, TSB 781.

konnten bisweilen sogar die Grenzen sozialer Herkunft für die Dauer der Unterhaltung aufgehoben werden. Veranstaltungen wurden in der Regel zweckgewidmet, so wurden „von der reinen Einnahme des maskierten [sic!] Balles, welcher am 4. Februar 1827 im k. k. Redouten-Saale gegeben wurde, [...] 3000 Arme mit Holz und 65 Individuen mit Geld theilt“,<sup>59</sup> deren Bedürftigkeit von den Filialleiterinnen festgestellt wurde. Der Maskenball in den Redoutensälen wurde jährlich bis zum Jänner 1848 abgehalten. Auch Feste im Freien wurden geplant und durchgeführt. Im Juli 1841 veranstaltete die Gesellschaft ein „großes ländliches Fest“ im Heleental bei Baden zu Gunsten des Marienspitals. Für Tanzlustige wurde ein „eigener mit einem ordentlichen Breterboden [sic!] versehener Raum vorgerichtet“. Für das leibliche Wohl mit „besten Kaffee, Gefrorenen und andern Erfrischungen, dann Zuckerbäckereien“ war gesorgt. Eine Hauptattraktion des Tages war „ein mit dem schönsten brillantesten Farbenschmucke prangendes Feuerwerk, arrangiert von dem berühmten k. k. Hof- und privil. Wiener Pyrotechniker, Herrn Stuer“. Sonder-

59 WB, Druckschriftensammlung, Signatur B-23885, Ausweis der Einnahme der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Gutes und Nützlichen und der Verwendung für die Jahre 1811–1856 (o. O. o. J.) Ausweis 1827.

fahrten der Eisenbahn nach Wien und Wiener Neustadt wurden organisiert, damit sich die „hohen Herrschaften und das übrige theilnehmende Publikum“ nicht um die Heimfahrt kümmern mussten.<sup>60</sup>

Die Aktivitäten des Vereins waren bis Anfang der 1840er Jahre sehr breit gefächert. Vielfach wurden Einzelpersonen und deren Projekte unterstützt, die mitunter auch in persönlichen Naheverhältnissen zu in der Gesellschaft tätigen Personen standen. Solche und andere finanzielle Widmungen ließen Vorwürfe der Parteilichkeit bei der Vergabe von Spendengeldern laut werden.

### Umstrukturierungen

Im Jahr 1841 fand eine umfassende Umstrukturierung des Vereins statt. Diese brachte eine Einschränkung der Tätigkeitsbereiche mit sich und führte zu einer gezielteren Vergabe von Spenden.

„Man gelangte auch zur Überzeugung, daß das Umfassen eines mit den begrenzten Mitteln der Gesellschaft nicht im Einklange stehenden allzuweiten Kreises von wohltätigen Zwecken die Kräfte der Gesellschaft oft wirkungslos zersplitterte, ja dieser sogar den Vorwurf der Willkür und Parteilichkeit einbrachte und dadurch zum großen Nachtheile der Institutionen das Publikum in seinen Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Gesellschaft irreleitete.“<sup>61</sup>

Die Veröffentlichung der Sitzungsbeschlüsse betreffend die Umstrukturierungsmaßnahmen in Form von Direktiven für Ausschussdamen und Assistentinnen war eine öffentlichkeitswirksame Maßnahme gegen den Vorwurf von Willkür und gab klare Auskunft über die Vereinsziele und die interne Organisation.<sup>62</sup> Außerdem erfolgte eine interessante Umbenennung. Das Wort „Frauen“ wurde durch „Damen“ ersetzt und der Verein hieß nunmehr „Gesellschaft adeliger Damen zur Beförderung des Guten und Nützlichen“. Diese Umbenennung in „adelige Damen“ kann als Abgrenzung zu „bürgerlichen Frauen“ gelesen werden, die in den 1840er Jahren tatsächlich sehr aktiv Wohltätigkeitsarbeit aufnahmen.

Die Anzahl der Filialgesellschaften verringerte sich im Laufe der 1840er Jahre auf 18 Standorte, in Niederösterreich konzentrierten sich die Tätigkeiten auf Armenfürsorge, Unterstützung im Marienspital in Baden und finanzielle Hilfe bei Feuersbrünsten.

Bis zum Ende der 1840er Jahre wurde etwa ein Fünftel der Jahresbeträge in den Filialen gesammelt. Dieser Beitrag verringerte sich ab dem Revolutionsjahr 1848 auf

---

60 Großes ländliches Fest im Helenenthale bei Baden. In: Der Adler (17. Juli 1841) 1076.

61 Die Gesellschaft 1811–1910, 9.

62 WB, Druckschriftensammlung, Signatur C-24154, Zusammenstellung der Sitzungs-Beschlüsse der Gesellschaft adeliger Damen zur Beförderung des Guten und Nützlichen (Wien 1841).

nur noch ein Zehntel, was auf die drastische Reduktion der Filialen zurückgeführt werden kann. Diese Reduktion verlief parallel mit dem Verlust von Herrschaftsrechten des Adels. Ein weiterer Aspekt ist, dass Mitglieder der Gesellschaft sich gleichzeitig in neu entstehenden bürgerlichen Wohltätigkeitsvereinen zu engagieren begannen. Marie Fürstin Liechtenstein war beispielsweise bereits Mitglied der Gesellschaft adeliger Damen, als sie 1853 die Leitung des Frauenvereins für Arbeitsschulen übernahm und diese Funktion bis zu ihrem Tod 1884 innehatte.<sup>63</sup>

Für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist wenig über die Aktivitäten der Gesellschaft überliefert. Es hat jedenfalls eine starke Konzentration auf die Hauptstadt Wien stattgefunden. Spuren finden sich bei Kooperationen mit bürgerlichen Frauenvereinen. 1938 wurde die Gesellschaft im Zuge der sogenannten „Gleichschaltung“ österreichischer Vereine und Organisation durch das nationalsozialistische Regime aufgelöst.<sup>64</sup>

### Wohltätigkeit als Erinnern – Stiftungen in Niederösterreich

Wohltätigkeit beschränkte sich nicht auf Vereinstätigkeit. In Form von Stiftungen konnten sowohl kirchliche, karitative als auch Bildungseinrichtungen unterstützt werden, allerdings ließ sich in der stichprobenartigen Untersuchung einzelner Orte kein überwiegender Frauenanteil feststellen.<sup>65</sup> Wenn Frauen Kapital spendeten, kam dieses oft gezielt Mädchen und Frauen zugute. In einem 1898 herausgegebenen *Kataster der in Niederösterreich verwalteten weltlichen Stiftungen*<sup>66</sup> wurde der Wert von Publikationen für die Erinnerungskultur in Niederösterreich herausgestrichen. Obwohl die Auflistung ein „anscheinendes trockenes Verzeichnis“ sei, so zeige sich denjenigen, die es „recht zu lesen verstehen“, einerseits der „Geist von vielen Geschlechtern“, also die historische Zugehörigkeit zu einem Ort, einer Familie und einem Beruf, andererseits die „Eigenart des Einzelnen“.<sup>67</sup> Diese Leseanleitung zeigt die Funktion einer Stiftung, die weit über den Spendenzweck hinausging: Den Stifterinnen und Stiftern und ihrer Herkunft wird ein Platz im kollektiven Gedächtnis

63 SCHÜTZ, Educational Entrepreneurs, 181.

64 ÖStA, Archiv der Republik, BKA-I BPDion Wien VB Signatur II-1, Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen 1810–1938.

65 Das Stiftungswesen ist für das 19. Jahrhundert wenig erforscht; vgl. Joachim BAHLCHE u. Thomas WINKELBAUER (Hrsg.), *Schulstiftungen und Studienfinanzierung = Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 58 (Wien, Köln, Weimar 2011).

66 *Kataster der in Niederösterreich verwalteten weltlichen Stiftungen nach dem Stande des Jahres 1893* (Wien 1898).

67 Ebd., VII f.



der Region gegeben. Die umfangreiche Aufzeichnung von Stiftungen enthält Hinweise auf Stiftbriefe, die bis ins 18. Jahrhundert zurückgehen.<sup>68</sup>

Stiftungen für eine Heiratsausstattung sollten junge Menschen, vor allem Mädchen, bei der Verhehlung unterstützen. Diese Unterstützung war häufig an gutes Benehmen geknüpft, wie der Stiftbrief von Agnes Kollmann aus dem Jahr 1867 formulierte: „Betheilung eines armen Jünglings und eines armen Mädchens in Mailberg, beide im Alter von 24 Jahren, mit den Zinsen von 6 Jahren, wenn sie sich vom 18. Jahre an bis dahin brav verhalten haben.“<sup>69</sup> Das Beispiel der Stiftung von Josefa Widmann zeigt, wie potentielle Empfängerinnen und Empfänger erhoben wurden: Bewerberinnen aus dem Bezirk Krems sollten ihre Gesuche jeweils Mitte März an das Bezirksamt übermitteln, aus diesen Bewerbungen wurde dann ein Mädchen ausgewählt.<sup>70</sup>

Neben moralischem Wohlverhalten wurde auch Fleiß besonders belohnt. Werte wie Arbeitsamkeit und Loyalität zeigen sich besonders in den weit verbreiteten Dienstbotenprämien. Susanna Schwaiger aus Stein an der Donau stiftete im Jahr 1772 250 Gulden für die „jährliche Bethelung derjenigen Dienstmagd, welche ununterbrochen in einem bürgerlichen Haus gedient hat“; im Jahr 1893 belief sich diese Prämie auf zwölf Gulden.<sup>71</sup> Die Belohnung von langgedienten Dienstbotinnen und Dienstboten, die oft mit einer namentlichen Nennung in Zeitungen einherging, sollte die Verbundenheit zu der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber stärken und das Verhältnis individualisieren.<sup>72</sup> Während die belohnte Dienstmagd lediglich kurzfristig einen besonderen Status erlangte, wurde der Name der Stifterin Susanna Schwaiger im Stiftungskataster noch mehr als 100 Jahre später erinnert. Die jeweiligen Stiftungsvermögen variierten stark. Am konkreten Beispiel der Stiftung der Maria Anna Schober aus Wiener Neustadt lässt sich der Prozess einer Stiftungsgründung nachzeichnen. In ihrem Testament vom 9. Jänner 1820 errichtete Maria Anna Schober eine Stiftung für zwei arme Schulmädchen:

*[...] für die deutsche Schule des Orts meines Hinscheidens bestimme ich ein Stiftungskapital von Fünfhundert Gulden in Conventions-Münze bestehend in der in meiner Verlassenschaft vorfindigen Schuldverschreibung für die k. k. Universal Staatsschuldenkasse zu 5 % in Conventions Münze dt 1ten März 1817 No 4971 zu 500 fl Conv. Mze. Und verordnen hiebey, daß von den jährlich abfallenden Interessen dieses Kapitals pr. 25 fl Conv. Mze. Zweyen armen Schulmädchen, die aber zugleich ge-*

68 Diese Stiftbriefe sind bis heute im Niederösterreichischen Landesarchiv aufbewahrt. Danke an Gertrude Langer-Ostrawsky für diese Information.

69 Kataster 1893, 627.

70 Der St. Pöltner Bote (28. Februar 1867) 5.

71 Kataster 1893, 629.

72 Tönsmeyer beschreibt diesen Prozess der Individualisierung als Zweck von Wohltätigkeit; TÖNSMEYER, Adelige Moderne, 209.

*sittet sind, und die Schule fleißig und mit Nutzen besuchen, zu Ende des Schulkurses die nötigsten Kleidungsstücke angeschaffet werden sollen.*<sup>73</sup>

Für den Fall, dass ihre als Universalerbin eingesetzte Dienstmagd *vor meiner versterben, sich vereheligen, oder aus was immer für einen anderen Grund meinen Dienst oder Haus verlassen* würde, sollte ihr gesamtes Vermögen an die Schule ihres Sterbeortes vermacht werden. Auch in diesem Fall hatte das Vermächtnis der Stifterin die Funktion, die Beziehung und das Dienstverhältnis zu stärken. Die Magd starb allerdings vor der Stifterin und daher wurde das Vermögen der Schule hinterlassen.

Das wohltätige Engagement für Schulen wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch regelmäßige Einträge in der *Wiener Zeitung* sichtbar gemacht, wo jährlich eine Liste der „Schulfreunde und vorzügliche Beförderer des Schulwesens“ veröffentlicht wurde. So spendete zum Beispiel Katharina Meyer, Hausbesitzerin in Weinhaus, im Jahr 1832 alle Schulutensilien für das dortige neue Schulhaus und gründete einen Fonds zur finanziellen Unterstützung des Lehrers.<sup>74</sup>

Auch Krankenhäuser wurden auf vielfältige Weise unterstützt. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde in Baden die Gründung eines weiteren Spitals, diesmal durch eine Einzelperson, gefördert, deren wohltätiges Engagement in Stein gemeißelt wurde: „Der edelgesinnten Wohltäterin u. Ehrenbürgerin Badens, der großherzigen Gründerin des städtischen Spitals Frau Franziska Rath, geb. 1814 zu Brünn [*Brno*], gest. am 10. Juli 1880 zu Baden von der Stadtgemeinde Baden in immerwährender Dankbarkeit gewidmet.“ Das nunmehrige Landeskrankenhaus Baden hieß bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts nach seiner Stifterin „Rath’sches allgemeines öffentliches Krankenhaus“. Der Gedenkstein der Stifterin ist heute neben dem Eingang zum Badener Stadtarchiv aufgestellt.

Die Beispiele illustrieren nicht nur die Funktion wohltätiger Gaben als ein Einschreiben in das kollektive Gedächtnis eines Ortes und einer Region, sondern zeigen auch Aushandlungsprozesse auf. Häufig wurde an die Gabe eine Bedingung oder ein Wunsch geknüpft, sei es nun gesittetes Verhalten, mehrere Möglichkeiten der Verwendung des nachgelassenen Vermögens oder die anhaltende Sorge für Freundinnen, Freunde oder Verwandte.

### Motivationen für Vereinstätigkeit

Anfangs waren es weibliche Mitglieder von Herrschaftsfamilien oder Ehefrauen von Kreishauptleuten, wie die bereits erwähnte Catharina Luegmayer, die wichtige Auf-

73 DAW (Diözesanarchiv Wien), Schulamtsakten 50/9, Schulstiftung Maria Anna Schober.

74 Wiener Zeitung (9. Oktober 1832) 1425.



Abbildung 3: Gedenkstein, vor dem Stadtarchiv Baden, Foto: Waltraud Schütz.

gaben der Koordination und Verteilung von Hilfeleistungen übernahmen.<sup>75</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden vermehrt Frauen des Bürgertums, aus Professoren-, Beamten-, Advokaten-, Arzt-, Politiker- oder Offiziersfamilien, aktiv und widmeten sich einer Vielzahl karitativer Tätigkeiten. Gerade die Abgrenzung zu den in der Revolution von 1848 engagierten Aktivistinnen legitimierte das Wirken bürgerlicher Frauen in den 1850er Jahren, wie ein Bericht über die Verteilung wohlthätiger Gaben im Wiener Volksgarten im Jahr 1849 illustriert:

„Nachdem die Beschenkten reichlich bewirtheet worden, schloß die erhabene Feier und Jeder der Anwesenden verließ wahrhaft geistig erquickt durch dieses Bild edler Frauentugend und wohl auch versöhnt jenen Saal, worin vor wenigen Monden noch der demokratische Frauen-Verein, dieser Hochpunkt der Lächerlichkeit und Verrücktheit des Weibergeschlechts, seine erste Sitzung gehalten.“<sup>76</sup>

Der 1849 gegründete Frauenwohlthätigkeitsverein wurde als „Segenspflanze“ inmitten von „Tollkirschen“ und „Giftkräutern“ bezeichnet.<sup>77</sup> Ab den 1860er Jahren wurde eine unüberblickbare Vielfalt an Vereinen ins Leben gerufen, die nicht nur wohlthätige Zwecke verfolgten, sondern im Namen von Wohlthätigkeit auch Politik betrieben. Wohlthätiges Engagement diente auch der Pflege von Beziehungsnetzwerken lokaler Honoratiorenschichten.<sup>78</sup> Speziell Frauen von Lokalpolitikern nutzten ihre geschlechtsspezifischen Ressourcen, um die mit ihren Männern geteilten politischen Agenden voranzutreiben. Das Veranstalten von Bällen, Darbietungen, Musikabenden, Kränzchen und anderen Formen halbprivater Geselligkeit war gegen Ende des 19. Jahrhunderts speziell für christlichsoziale Aktivistinnen eine Möglichkeit, sich von Sozialdemokratinnen abzugrenzen und ihre materiellen und symbolischen Ressourcen gezielt einzusetzen.<sup>79</sup> Der christlichsoziale Politiker Eduard

75 Zu Veränderungen in der Verwaltung nach 1848 siehe den Beitrag von Thomas Stockinger über staatliche Kreis- und Bezirksbehörden in Niederösterreich in Band 1. Vgl. Elisabeth LOINIG, Revolution – Reaktion – Massenparteien. Politik, Verfassung und Verwaltung in Niederösterreich 1848–1896. In: Stefan EMINGER, Elisabeth LOINIG u. Willibald ROSNER (Hrsg.), Ein Land im Zeitraffer. Niederösterreich seit 1848 (Weitra 2012) 13–35.

76 Anton von NIEBAUER, „Eine Gesellschaft edelmüthiger Damen [...]“ In: Der Österreichische Zuschauer (16. Mai 1849) 8. Zur Tätigkeit des Demokratischen Frauenvereins vgl. Gabriella HAUCH, Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848 = Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 49 (Wien 1990).

77 Der Österreichische Zuschauer (14. Februar 1851) 765; vgl. SCHÜTZ, Educational Entrepreneurs, 165–190.

78 Tatjana Tönsmeier beschreibt adelige Wohlthätigkeit als „engmaschiges Netz“, das das „Verbundenheit mit der jeweiligen adeligen Familie“ stärkte. Dieser Vergleich lässt sich auch auf bürgerliche Honoratioren anwenden; TÖNSMEIER, Adelige Moderne, 205.

79 John W. BOYER, Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biografie (Wien 2010) 262 f.

Heinl bemerkte über seine Einführung in diese Zirkel: „Unter anderem erinnere ich mich der Vorstellung bei der Gemahlin des Statthalters von Niederösterreich Frau Anastasia Kielmansegg, die selbst unzähligen Wohltätigkeitsunternehmungen vorstand.“<sup>80</sup> Obwohl das Vereinsgesetz Frauen eine politische Teilhabe verunmöglichte, organisierten sich Frauenvereine innerhalb der entstehenden Parteien. So fanden christlichsoziale Anhängerinnen im 1897 gegründeten Christlichen Frauenbund Anschluss, während sich Sozialdemokratinnen 1902 im nach langem Zögern gewährten Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen und im Reichsverband der Heimarbeiterinnen organisierten.<sup>81</sup> Sozialdemokratinnen vernetzten sich auch auf Frauenkonferenzen, wie beispielsweise am 28. Februar 1909 in Wien, wo eine Frauenkonferenz für niederösterreichische Sozialdemokratinnen stattfand, an der 39 Delegierte teilnahmen, die „2100 politisch organisierte Genossinnen vertraten. Es wurden Fragen der Agitation und Organisation eingehend erörtert und Frau Amalie Pölzer einstimmig zur Zentralvertrauensperson für Niederösterreich gewählt.“<sup>82</sup>

Im Gegensatz zu katholischen Frauenwohltätigkeitsvereinen der 1850er Jahre, die als Reaktion auf die Revolution 1848 ins Leben gerufen wurden, hatte die 1907 gegründete Katholische Reichsfrauenorganisation Österreichs mit ihren Landes- und Diözesanverbänden klare gesellschaftspolitische Ambitionen im Sinne des politischen Katholizismus.<sup>83</sup> Eine Intervention der Katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges zeigt, dass Frauen auch abseits von Parteien für ihre Überzeugungen eintraten, was durchaus öffentlich bekannt gemacht wurde und als politische Tätigkeit gewertet werden kann. Bereits 1910 hatte sich die Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich, Gerta Gräfin Walterskirchen, schriftlich an das Ministerium für Kultus und Unterricht gewandt, um vor der Gefahr von Kinematographentheater für die Schuljugend zu warnen. Das hatte ein Verbot der Aufführung von „Herrenfilmen“ zur Folge. 1912 sprach auf Betreiben der Katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich „eine Deputation von Damen der Gesellschaft beim Minister des Inneren, Baron Heinold, vor und überreichte ihm ein Memorandum mit zirka 20.000 Unterschriften, in welchem die Frauen energische Maßnahmen fordern gegen die anstößigen Plakate, Ansichtskarten, Bücherauslagen und dergleichen sowie gegen die Anstoß erregenden und vor allem für die Jugend verderblichen Aufführungen der Kinotheater.“<sup>84</sup> Diese Intervention hatte zur Folge, dass eine Enquete über „Kinotheater“ abgehalten wurde, die einige Zensurmaßnahmen gegen das

---

80 Eduard HEINL, Über ein halbes Jahrhundert. Zeit und Wirtschaft (Wien 1948), zit. in: BOYER, Karl Lueger, 263.

81 Vgl. HAUCH, Frauen bewegen Politik, 93.

82 Neues Frauenleben (19. März 1909) 19.

83 Zu katholischen Vereinen vgl. Walter SAUER, Katholisches Vereinswesen in Wien (Wien 1980).

84 Österreichische Frauenwelt 4 (1912) 126.

als anstößig empfundene Material mit sich brachte.<sup>85</sup> Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges verschob sich der Fokus von einer Kampagne gegen „Schmutz und Schund“ zu intensiver Mitarbeit der Katholischen Frauenorganisation Niederösterreichs in der Kriegsfürsorge. Die erwähnte Gerta Gräfin Walterskirchen engagierte sich in der Frauenhilfsaktion, leistete Kriegspatenschaft, beriet das Kuratorium zur Berufsberatung und Arbeitsvermittlung von Kriegerwitwen, saß im Frauenbeirat im Sanitätsdepartment des Ministerium des Innern, beteiligte sich an der Kriegskommission für Konsumenteninteressen, setzte sich für den Verein der Frauenkriegsbesteuer und der Bewegung „Wiener Kinder aufs Land“ ein und arbeitete in den Gemeinschaftsküchen mit, die im Dezember 1916 entstanden.<sup>86</sup>

Die Tätigkeiten von Gerta Gräfin Walterskirchen zeigen die kontinuierliche Relevanz des Engagements des Adels für wohltätige Zwecke. Sie weisen auch auf die Vielzahl von Aktivitäten hin, an denen Frauen im Bereich der Kriegsfürsorge beteiligt waren. Die patriotische Gesinnung vieler Frauen, die sich auch in Egodokumenten wie Briefen und Tagebüchern zeigt, darf jedoch keineswegs als Kriegseuphorie gedeutet werden.<sup>87</sup> Kriegereignisse waren auch schon vor dem Ersten Weltkrieg häufig der Anlass für Vereinsgründungen. In Baden wurde 1878 Zuge der österreichisch-ungarischen Besetzung von Bosnien und der Herzegowina nach dem Berliner Kongress ebenfalls ein Patriotischer Frauen-Hilfsverein gegründet, der über viele Jahre Pflege und Unterstützung für verwundete und kranke Soldaten leistete. 1879/80 wurden die seit der Schlacht von Solferino 1859 entstandenen Hilfsvereine unter dem Titel Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz zusammengefasst und mit klaren Vorgaben versehen. In der Folge bildete sich eine Vielzahl von Patriotischen Hilfsvereinen innerhalb dieser Gesellschaft. Im ersten Rechenschaftsbericht des Patriotischen Frauen-Hilfsvereins Baden unterstrich Benjamine Gelinek die Bereitwilligkeit der Frauen und Mädchen des Bezirks, rasch Hilfe zu leisten:

*Mit der grössten Genugthuung muss es der provisorische Vereins-Ausschuss anerkennen, wie viele Frauen und Mädchen des Bezirkes sofort diesem Aufruf Folge leisteten, wie viele Spenden und Mitgliederbeiträge gleich einflossen, so dass der Verein wenige Tage nach seinem Inslebentreten schon eine, wie wir uns schmeicheln dürfen, erspriessliche Thätigkeit entfalten konnte. [...] Die im Garnisons-Spitale befindlichen kranken und verwundeten Krieger wurden zu wiederholten Malen reichlich mit Wein, Fleischextrakt, Erbswurst, Tabak, Cigarren und Wäsche theilt.*<sup>88</sup>

85 Vgl. Edith BLASCHITZ, Der „Kampf gegen Schmutz und Schund“. Film, Gesellschaft und die Konstruktion nationaler Identität in Österreich (1946–1970) (Wien 2014) 64.

86 Tätigkeitsbericht der katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich 1917 (Wien 1917) 3 f.

87 Gertrude LANGER-OSTRAWSKY, Die Provinz, die Frauen und der Krieg. In: Achim DOPPLER, Stefan EMINGER u. Elisabeth LOINIG (Hrsg.), Fern der Front – mitten im Krieg. Niederösterreich 1914–1918 (St. Pölten 2014) 88–105.

88 Stadtarchiv Baden, Sign. B2165/1879, Geschäfts-Bericht 1879, 2. Danke an Dr.<sup>in</sup> Ulrike Scholda und Mag.<sup>a</sup> Birgit Doblhoff-Dier für ihre fachkundige Beratung.

Die Aktivitäten des Vereins wurden ebenfalls als „nicht politisch“ bezeichnet. Dieses Beispiel zeigt, dass selbst Frauenvereine, die offensichtlich unpolitisch waren, dem Vereinsgesetz von 1867 Genüge tun wollten. Außerdem wurde die wohltätige Hilfe als weibliche Tätigkeit im Verborgenen dargestellt: *Diese edlen Damen wirken im Geheimen, es dringen obnedies selten Acte der Humanität in die Öffentlichkeit.*<sup>89</sup> Der Verein zählte 1879 377 Mitglieder. Zehn Jahre später war die Anzahl auf 273 gesunken, und im Vereinsjahr 1900 waren 211 Frauen im Patriotischen Hilfsverein Baden engagiert. Unter den Mitgliedern fanden sich auch einige Kleinunternehmerinnen, wie etwa die *Bäckermeisterin Frau Baumann*, die *Kaffeehausbesitzerin Frau Bachmann*, die *Fruchtbändlerin Frau Brandl* und die *Zuckerbäckerin Marie Sagortz* sowie *Rosa Philipp*, eine *Ziegelofen-Besitzerin*, *Marie Wolfsbauer*, eine *Delicatessenbändlerin*, *Louise Polsterer*, eine *Mühlenbesitzerin*, oder *Luise Reichelt*, eine *Buchdruckerei-Besitzerin*.<sup>90</sup>

Der Zusammenschluss in Vereinen vermochte Frauen unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen für ein gemeinsames Ziel zu mobilisieren. Es wurde deutlich, wie breit gefächert und unterschiedlich diese Ziele waren. Frauen waren meist in mehreren Vereinen gleichzeitig tätig, in denen sie mitunter eine große Bandbreite an organisatorischen Fähigkeiten lernten und anwenden konnten.

## Zusammenfassung

Die Gründung der Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen im frühen 19. Jahrhundert markiert den Beginn einer regen Vereinstätigkeit, die keineswegs auf die Metropole Wien beschränkt war, auch wenn viele Aktivitäten dort ihren Ausgangspunkt fanden. Im Niederösterreich des 19. Jahrhunderts ist es vor allem weibliches Engagement für wohltätige Zwecke, das nicht nur eine die Staatsfinanzen schonende Funktion in der Fürsorge für Bedürftige einnahm, sondern auch eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielte. Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts gründeten Frauen, angeregt durch Lokalpolitiker, religiöse Glaubensgemeinschaften oder durch eigene Initiative Vereine, die zumeist patriotisch-fürsorgend orientiert waren. Das Organisieren von Veranstaltungen bot diesen Frauen Gelegenheit, ihre Kontakte zu pflegen, Netzwerke auszubauen und möglicherweise die Position ihrer männlichen Familienmitglieder in der jeweiligen Gemeinschaft zu stärken. Lokale Eliten sind in den Ausschüssen der wohltätigen Vereine abgebildet, in den Mitgliederlisten finden sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auch zahlreiche Frauen aus dem Kleinbürgertum, wie die Beispiele einiger Unternehmerinnen in Baden gezeigt haben. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts veränderte sich die

89 Stadtarchiv Baden, Sign. B2165/1889, Rechenschafts-Bericht 1889.

90 Stadtarchiv Baden, Sign. B2165/1879–1900; vgl. Waltraud SCHÜTZ, Zwischen öffentlicher Kontrolle und individuellem (Ver-)Handeln: Zur Geschichte unternehmerisch tätiger Frauen im Wiener Vormärz. In: *L'Homme* 31/2 (2020) 95–111.

Struktur von Vereinen, deren Organisation zunehmend nach „demokratischen Regeln der Mitsprache sowie dem aktiven und passiven Wahlrecht seiner Mitglieder“<sup>91</sup> geregelt wurde. Die Forschung nach Quellen für diesen Beitrag verdeutlicht, dass private Wohltätigkeit fast ausschließlich im Vereinskontext zu fassen ist. Nischen für privates Engagement öffneten sich speziell bei Bildungs- und Schulangelegenheiten sowie in der Armenfürsorge – zwei Bereiche, die aus budgetären Erwägungen von der Landes- und der Zentralverwaltung oft vernachlässigt wurden und für die die Verantwortung viele Jahrzehnte lang auf den katholischen Klerus ausgelagert wurde. Die „gute Sache“ bot speziell besitzenden Frauen die Möglichkeit, öffentlich aufzutreten und Expertise für sich zu beanspruchen, zumeist in Zusammenarbeit mit dem Klerus. Obwohl die unpolitische Motivation hierbei stets unterstrichen wurde, etablierten sich Frauen als keineswegs unpolitische Akteurinnen.

**Waltraud Schütz**, Mag. Dr., Studium der Geschichte in Wien und Dublin; Juni 2018 Promotion am European University Institute (Florenz). Bis Jänner 2020 Jubiläumsfonds-Projekt zur Handlungsmacht von Wiener Unternehmerinnen im 19. Jahrhundert; seit Februar 2020 am Institut für die Erforschung der Habsburgermonarchie und des Balkanraumes der ÖAW mit einem Projekt zu adeliger Geschlechtergeschichte und Alltagskultur um 1800. Schwerpunkte: Frauengeschichte und Gender Studies, Historische Bildungsforschung, Analyse von Dynamiken sozialer Ungleichheit.

---

91 Walter MÜLLER-JENTSCH, Der Verein – ein blinder Fleck der Organisationssoziologie. In: Berliner Journal für Soziologie 18/3 (2008) 476–502.